

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 25. März 1981
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko
über Soziale Sicherheit
und zu der Vereinbarung vom 19. April 1984
zur Durchführung dieses Abkommens**

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung soll im Bereich der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherungen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Marokko, teilweise auch in der Krankenversicherung, der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden für den Fall, daß sie sich im anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Abkommen nebst Durchführungsvereinbarung beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen seines sachlichen Geltungsbereichs. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Im Bereich der Unfallversicherung ist vorgesehen, daß den Versicherten beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen aushilfsweise vom dortigen Versicherungsträger erbracht werden. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und marokkanischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Übereinkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

14 (321) – 806 06 – So 106/84

Bonn, den 21. Dezember 1984

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. März 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über Soziale Sicherheit und zu der Vereinbarung vom 19. April 1984 zur Durchführung dieses Abkommens mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens, das Schlußprotokoll zum Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 25. März 1981 über Soziale Sicherheit in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift zum Abkommen sind gleichfalls beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 545. Sitzung am 20. Dezember 1984 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzesentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 25. März 1981
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko
über Soziale Sicherheit
und zu der Vereinbarung vom 19. April 1984
zur Durchführung dieses Abkommens**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Rabat am 25. März 1981 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über Soziale Sicherheit und der in Rabat am 19. April 1984 unterzeichneten Vereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens wird zugestimmt. Das Abkommen und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens für einzelne Träger der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag der Bundesverband der Ortskrankenkassen in seiner Eigenschaft als Verbindungsstelle im Einvernehmen mit den anderen Spitzenverbänden der Krankenversicherung. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf alle Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des der Durchführung der Umlage vorangegangenen Kalenderjahres, ohne Rentner, aufgebracht.

Artikel 3

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Dabei können zur Anwendung

und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 27 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vor drucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 27 Abs. 1 des Abkommens genannter Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 42 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 13 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Vereinbarung findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen und der Vereinbarung das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung gibt die Ermächtigung, im Vergleich zu anderen Trägern der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen einer Krankenkasse auszugleichen, die durch das Abkommen entstehen können, z. B. Belastungen mit nicht erstattungsfähigen Verwaltungskosten für die Betreuung von Versicherten aus Marokko in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entscheidung der Verbindungsstelle unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 3

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 4

Das Abkommen und die Vereinbarung sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 42 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens nach ihrem Artikel 13 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die Unternehmen und die betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Marokko
über Soziale Sicherheit

Convention
entre le Royaume du Maroc
et la République fédérale d'Allemagne
relative à la sécurité sociale

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Marokko –

in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen ihren beiden
Staaten im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

haben folgendes vereinbart:

Le Royaume du Maroc

et

la République fédérale d'Allemagne,

désireux de régler les relations entre leurs pays respectifs
dans le domaine de la sécurité sociale,

sont convenus des dispositions suivantes:

Titel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Hoheitsgebiet“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Geltungsbereich der in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1
bezeichneten Rechtsvorschriften,
in bezug auf das Königreich Marokko
das nationale Hoheitsgebiet, wie es durch die marokkani-
sche Gesetzgebung bestimmt wird;
2. „Staatsangehöriger“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die
Bundesrepublik Deutschland,
in bezug auf das Königreich Marokko
einen Marokkaner im Sinne des Staatsangehörigkeitsge-
setzes;
3. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige all-
gemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2
Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit
beziehen;
4. „zuständige Behörde“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
in bezug auf das Königreich Marokko
den Minister für Arbeit und berufliche Bildung;
5. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in
Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften
obliegt;
6. „zuständiger Träger“
den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften
zuständigen Träger;
7. „Beschäftigung“
eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwen-
denden Rechtsvorschriften;

Titre I

Dispositions générales

Article 1^{er}

Aux fins de l'application de la présente Convention,

1. le terme «territoire» désigne
en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne,
le champ d'application de la législation visée par le
numéro 1 du paragraphe 1 de l'article 2,
en ce qui concerne le Royaume du Maroc,
le territoire national tel qu'il est défini par la loi marocaine;
2. le terme «ressortissant» désigne
en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne,
un Allemand au sens de la Loi fondamentale de la Répu-
blique fédérale d'Allemagne,
en ce qui concerne le Royaume du Maroc,
un Marocain au sens du Code de la Nationalité;
3. le terme «législation» désigne
les lois, règlements, dispositions statutaires et autres
actes législatifs se rapportant aux branches de sécurité
sociale énumérées au paragraphe 1 de l'article 2;
4. le terme «autorité compétente» désigne
en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne,
le Ministre fédéral du Travail et des Affaires sociales,
en ce qui concerne le Royaume du Maroc,
le Ministre du Travail et de la Formation professionnelle;
5. le terme «institution» désigne
l'institution ou l'autorité chargée de l'exécution de la
législation visée au paragraphe 1 de l'article 2;
6. le terme «institution compétente» désigne
l'institution compétente en vertu de la législation applica-
ble;
7. le terme «emploi» désigne
un emploi ou une activité au sens de la législation appli-
cable;

8. „Beitragszeit“
eine Zeit, für die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Beiträge entrichtet sind oder als entrichtet gelten;
9. „gleichgestellte Zeit“
eine Zeit, soweit sie nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt wurde oder als zurückgelegt gilt, einer Beitragszeit gleichsteht;
10. „Versicherungszeit“
eine Beitragszeit oder eine gleichgestellte Zeit;
11. „Geldleistung“
eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;
12. „Sachleistung“
eine Leistung, die keine Geldleistung ist.

Artikel 2

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie die Gewährung von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben;
 - b) die Unfallversicherung;
 - c) die Rentenversicherung und die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung;
 - d) die Altershilfe für Landwirte;
2. auf die marokkanischen Rechtsvorschriften über
 - a) das System der Sozialen Sicherheit;
 - b) Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten;
 - c) Sondersysteme der Sozialen Sicherheit, die sich auf Arbeitnehmer oder ihnen gleichgestellte Personen erstrecken und sich auf die üblichen Versicherungsfälle und Leistungen im Rahmen der Rechtsvorschriften über die Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Übereinkünften oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen. Entgegenstehende Bestimmungen des Kooperationsabkommens vom 27. April 1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko werden nicht beeinträchtigt.

Artikel 3

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für

- a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
- c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,
- d) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten.

8. le terme «période de cotisation» désigne une période pour laquelle des cotisations ont été versées ou sont considérées comme étant versées conformément à la législation d'un des Etats contractants;
9. le terme «période équivalente» désigne une période dans la mesure où elle est équivalente à une période de cotisation conformément à la législation de l'Etat contractant sous laquelle elle a été accomplie ou est considérée comme étant accomplie;
10. le terme «période d'assurance» désigne une période de cotisation ou une période équivalente;
11. le terme «prestation en espèces» désigne une pension (rente) ou une autre prestation en espèces, y compris tout supplément, complément ou majoration;
12. le terme «prestation en nature» désigne une prestation qui n'est pas une prestation en espèces.

Article 2

(1) A moins qu'il n'en soit disposé autrement dans la présente Convention, elle est applicable

1. à la législation allemande concernant
 - a) l'assurance maladie ainsi que la protection de la travailleuse mère dans la mesure où cette législation vise l'octroi de prestations en nature et en espèces par les institutions d'assurance maladie;
 - b) l'assurance accident;
 - c) l'assurance invalidité-vieillesse et l'assurance complémentaire des travailleurs de la sidérurgie (hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung);
 - d) l'aide aux vieux agriculteurs;
2. à la législation marocaine concernant
 - a) le régime de sécurité sociale;
 - b) les accidents du travail et les maladies professionnelles;
 - c) les régimes particuliers de sécurité sociale en tant qu'elle couvre des salariés ou assimilés et qu'elle concerne des risques et prestations courants de la législation sur les régimes de sécurité sociale.

(2) Ne sont pas applicables, lors de l'application de la présente Convention, les dispositions d'autres accords internationaux ou de la législation supranationale liant un des Etats contractants ou prises en vertu de l'application de ceux-ci. Toutefois il ne sera pas dérogé aux dispositions contraires contenues dans l'Accord de coopération entre la Communauté économique européenne et le Royaume du Maroc du 27 avril 1976.

Article 3

A moins qu'il n'en soit disposé autrement, la présente Convention s'applique:

- a) aux ressortissants d'un des Etats contractants,
- b) aux réfugiés au sens de l'article premier de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés et du Protocole du 31 janvier 1967 à ladite Convention,
- c) aux apatrides au sens de l'article premier de la Convention du 28 septembre 1954 relative au statut des apatrides,
- d) à d'autres personnes en ce qui concerne les droits dérivés des droits d'un ressortissant d'un des Etats contractants, d'un réfugié ou d'un apatride au sens du présent article.

Artikel 4

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die in Artikel 3 bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Staates.

Artikel 5

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Geld- und Sachleistungen, die Gewährung von Geld- und Sachleistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Inlandsaufenthalt abhängig ist, nicht für die in Artikel 3 genannten Personen, die sich gewöhnlich oder vorübergehend im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Artikel 6

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich, soweit die Artikel 7 bis 11 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

Artikel 7

Wird ein Arbeitnehmer, der im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats von einem Unternehmen beschäftigt wird, dem er gewöhnlich angehört, von diesem Unternehmen in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine Arbeit für Rechnung dieses Unternehmens auszuführen, so gelten bis zum Ende des 36. Kalendermonats nach der Entsendung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt; dauert eine solche Arbeit länger als 36 Monate, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats erneut für eine Dauer von höchstens 36 Monaten, sofern die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten vor Ablauf der ersten Frist von 36 Monaten ihre Zustimmung gegeben haben.

Artikel 8

(1) Für die Besatzung eines Seeschiffes gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, dessen Flagge es führt.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffes ist, so gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 9

Die Artikel 6 bis 8 gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, soweit sich die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften auf sie beziehen.

Artikel 10

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder von einem Mitglied oder einem Bediensteten einer amtlichen Vertretung dieses Staates im Hoheitsgebiet

Article 4

(1) A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, les personnes indiquées à l'article 3 et résidant sur le territoire de l'un des Etats contractants sont assimilées pour l'application de la législation de l'un des Etats contractants aux ressortissants de celui-ci.

(2) A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, les prestations accordées sous la législation de l'un des Etats contractants seront octroyées aux ressortissants de l'autre Etat contractant résidant hors des territoires des Etats contractants dans les mêmes conditions qu'aux ressortissants du premier Etat qui y résident.

Article 5

A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, la législation de l'un des Etats contractants qui subordonne l'ouverture du droit aux prestations en espèces et en nature ou l'octroi des prestations en espèces et en nature ou le versement des prestations en espèces à la condition que l'intéressé réside sur le territoire de cet Etat n'est pas applicable aux personnes visées à l'article 3 qui résident ou qui séjournent sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Article 6

A moins que les articles 7 à 11 n'en disposent autrement, l'assujettissement des salariés à la sécurité sociale est régi par la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel ils sont occupés; cette disposition s'applique également lorsque l'employeur se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Article 7

Lorsqu'un travailleur occupé sur le territoire de l'un des Etats contractants par une entreprise dont il relève normalement, est détaché par cette entreprise sur le territoire de l'autre Etat contractant afin d'y effectuer un travail pour le compte de celle-ci, il demeure soumis à la législation du premier Etat, pour ce qui concerne l'assujettissement à la sécurité sociale, jusqu'au terme du 36^{ème} mois à compter de la date de détachement, comme s'il était encore occupé sur le territoire du premier Etat; si la durée de cette occupation se prolonge au-delà de 36 mois, la législation du premier Etat contractant continue à s'appliquer pour une nouvelle période maximum de 36 mois, à condition que les autorités compétentes des deux Etats contractants aient donné leur accord avant la fin de la première période de 36 mois.

Article 8

(1) Pour ce qui concerne l'assujettissement à la sécurité sociale, l'équipage d'un navire est soumis à la législation de l'Etat contractant dont le navire bat pavillon.

(2) Le travailleur salarié résidant sur le territoire de l'un des Etats contractants et occupé temporairement à bord d'un navire battant pavillon de l'autre Etat contractant, par un employeur ayant son siège sur le territoire du premier Etat et qui n'est pas propriétaire du navire, est soumis à la législation du premier Etat pour ce qui concerne l'assujettissement à la sécurité sociale, comme s'il était occupé sur le territoire de celui-ci.

Article 9

Les dispositions des articles 6 à 8 sont applicables par analogie aux personnes qui ne sont pas travailleurs salariés dans la mesure où les législations visées au paragraphe 1 de l'article 2 leur sont applicables.

Article 10

(1) Lorsque les ressortissants de l'un des Etats contractants sont employés par cet Etat ou par un membre ou un agent d'une représentation officielle de cet Etat sur le territoire de

des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für diese Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsland aufgehalten, so kann er binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslands wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tag der Erklärung an.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für in Absatz 1 genannte Arbeitnehmer, die von einem anderen öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt werden.

Artikel 11

Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der gleichgestellten Person im Sinne des Artikels 9 kann die zuständige Behörde des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 6 bis 10 anzuwenden wären, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die in Betracht kommende Person den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats unterstellt wird. Bei der Entscheidung ist auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ist der Arbeitnehmer nicht in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem er zuletzt vorher beschäftigt war. War er vorher nicht in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem die zuständige Behörde dieses Vertragsstaats ihren Sitz hat.

Artikel 12

(1) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über das Nichtbestehen oder die Einschränkung eines Leistungsanspruchs oder einer Leistung beim Zusammentreffen mit anderen Leistungsansprüchen oder anderen Leistungen werden auch in bezug auf entsprechende Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ergeben. Hätte dies zur Folge, daß beide Leistungen eingeschränkt werden, so sind sie jeweils um die Hälfte des Betrags zu mindern, um den sie nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen der Anspruch besteht, zu mindern wären.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn Leistungen gleicher Art wegen Arbeitsunfalls (Berufskrankheiten) oder aus der gesetzlichen Rentenversicherung zusammentreffen, die nach Titel II Kapitel 2 und 3 festgestellt werden.

(3) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über das Nichtbestehen des Leistungsanspruchs oder die Einschränkung der Leistung, solange eine Beschäftigung oder eine bestimmte Beschäftigung ausgeübt wird oder eine Pflichtversicherung in der Rentenversicherung besteht, werden auch in bezug auf entsprechende Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder in dessen Hoheitsgebiet ergeben.

Titel II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 13

Für die Versicherungspflicht, das Recht auf freiwillige Versicherung, den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistungs-

l'autre Etat contractant, est applicable à ces emplois pour ce qui concerne l'assujettissement à la sécurité sociale la législation du premier Etat.

(2) Les travailleurs visés au paragraphe 1 ayant résidé, avant le commencement de leur emploi, sur le territoire du pays d'emploi, pourront, dans les trois mois à partir de la date du commencement de l'emploi, opter pour l'application de la législation du pays d'emploi en ce qui concerne l'assujettissement à la sécurité sociale. L'option devra être notifiée à l'employeur. La législation pour laquelle l'intéressé a opté sera applicable à partir de la date de la notification.

(3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent par analogie aux travailleurs visés au paragraphe 1 et occupés par un autre employeur public.

Article 11

Sur demande commune du travailleur salarié et de l'employeur ou sur demande de la personne assimilée au sens des dispositions de l'article 9, l'autorité compétente de l'Etat contractant dont la législation serait applicable conformément aux dispositions des articles 6 à 10 pourra admettre l'exemption de cette législation si la personne intéressée est soumise à la législation de l'autre Etat contractant. La décision tiendra compte de la nature et des conditions de l'emploi. Avant que la décision ne soit prise, l'autorité compétente de l'autre Etat contractant doit avoir l'occasion d'émettre son avis. Si le travailleur n'est pas occupé sur le territoire de ce dernier Etat, il est réputé être occupé au lieu de son dernier emploi. Si le travailleur n'a pas été occupé antérieurement sur le territoire de cet Etat, il est réputé être occupé au lieu où l'autorité compétente de cet Etat a son siège.

Article 12

(1) La législation d'un Etat contractant prévoyant qu'un droit aux prestations n'existe pas ou que le droit aux prestations ou la prestation seront réduits en cas de cumul de ce droit ou de cette prestation et d'autres droits ou prestations, est applicable également à des situations analogues résultant de l'application de la législation de l'autre Etat contractant. S'il en résultait une réduction des deux prestations, chacune de celles-ci doit être réduite de la moitié du montant duquel elles devraient être réduites conformément à la législation de l'Etat contractant en vertu de laquelle le droit existe.

(2) Les dispositions du paragraphe précédent ne sont pas applicables lorsqu'il y a cumul de prestations de même nature au titre d'un accident de travail (maladies professionnelles) ou au titre de l'assurance légale invalidité-vieillesse, liquidées conformément aux chapitres 2 et 3 du Titre II.

(3) La législation d'un Etat contractant prévoyant qu'un droit aux prestations n'existe pas ou que la prestation sera réduite tant que l'intéressé exerce une activité ou une activité déterminée ou tant qu'il est assujéti à l'assurance invalidité-vieillesse à titre obligatoire, est applicable également à des situations analogues résultant de l'application de la législation de l'autre Etat contractant ou se produisant sur le territoire de celui-ci.

Titre II

Dispositions particulières

Chapitre 1

Assurance maladie

Article 13

Pour l'assujettissement à la sécurité sociale, le droit à l'assurance volontaire, l'ouverture du droit aux prestations et

gewährung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und Zeiten des Bezugs einer Leistung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 14

(1) Einer freiwilligen Versicherung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats steht der gewöhnliche Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nicht entgegen.

(2) Verlegt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats versichert war, ihren gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so kann sie die Versicherung nach dessen Rechtsvorschriften freiwillig fortsetzen. Dabei steht dem Ausscheiden aus einer Pflichtversicherung das Ausscheiden aus einer freiwilligen Versicherung gleich. Die Versicherung wird fortgesetzt in der Bundesrepublik Deutschland

bei der für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse,
im Königreich Marokko

bei der Staatlichen Anstalt für Soziale Sicherheit (Caisse nationale de sécurité sociale).

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für Personen, deren Rechte auf Weiterversicherung sich von der Versicherung einer anderen Person ableiten.

Artikel 15

(1) Artikel 5 gilt für eine Person,

- a) die, nachdem der Versicherungsfall eingetreten ist, ihren gewöhnlichen Aufenthalt (Wohnsitz) in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung vorher zugestimmt hat;
- b) bei der der Versicherungsfall während des vorübergehenden Aufenthalts im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nur, wenn sie wegen ihres Zustands sofort Leistungen benötigt;
- c) bei der der Versicherungsfall nach dem Ausscheiden aus der Versicherung eingetreten ist, nur, wenn sich die Person in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats begeben hat, um dort eine ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 Buchstabe a kann nur wegen des Gesundheitszustands der Person verweigert werden, außer bei Kuren, bei denen sie im Ermessen des zuständigen Trägers bleibt, der die Gründe für die Verlegung des Aufenthalts gebührend berücksichtigt. Sie kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldigen Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat.

(3) Artikel 5 gilt nicht für eine Person, solange für sie Leistungen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie sich aufhält, beansprucht werden können.

(4) Absatz 1 Buchstaben a und b und Absatz 2 gelten nicht für Leistungen bei Mutterschaft.

Artikel 16

(1) Bei Anwendung des Artikels 5 sind die Sachleistungen

in der Bundesrepublik Deutschland
von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse,
im Königreich Marokko
von der Staatlichen Anstalt für Soziale Sicherheit
(Caisse nationale de sécurité sociale)
zu erbringen.

la durée d'octroi, les périodes d'assurance accomplies sous les législations des deux Etats contractants et les périodes du bénéfice d'une prestation seront totalisées à condition qu'elles ne se superposent pas.

Article 14

(1) Le droit à l'assurance volontaire au titre de la législation d'un Etat contractant sera maintenu en cas de transfert de résidence sur le territoire de l'autre Etat contractant.

(2) Lorsqu'une personne ayant été assurée au titre de la législation d'un Etat contractant, transfère sa résidence sur le territoire de l'autre Etat contractant, elle peut continuer à s'assurer à titre volontaire au titre de la législation de ce dernier Etat. A cet effet est assimilée la cessation de l'assurance volontaire à la cessation de l'assurance obligatoire. La personne continue à être assurée

en République fédérale d'Allemagne

auprès de la Caisse générale locale de maladie (Allgemeine Ortskrankenkasse) compétente pour le lieu de résidence,
au Royaume du Maroc

auprès de la Caisse nationale de sécurité sociale.

(3) Les dispositions du paragraphe 2 s'appliquent par analogie aux personnes dérivant leur droit à continuer à être assurées de l'assurance d'une autre personne.

Article 15

(1) Les dispositions de l'article 5 ne sont applicables aux personnes

- a) qui ont transféré leur résidence (domicile) sur le territoire de l'autre Etat contractant après la réalisation du risque que lorsque l'institution compétente a préalablement autorisé ce transfert;
- b) pour lesquelles la réalisation du risque s'est produite pendant un séjour temporaire sur le territoire de l'autre Etat contractant que lorsque leur état nécessite immédiatement des prestations;
- c) pour lesquelles la réalisation du risque s'est produite après qu'elles ont cessé d'être assurées que lorsque ces personnes se sont rendues sur le territoire de l'autre Etat contractant en vue d'y exercer un emploi qui leur a été offert.

(2) L'autorisation requise au titre du paragraphe 1 a) ne peut être refusée qu'à cause de l'état de santé de l'intéressé, sauf dans les cas de cure, où elle est laissée à l'appréciation de l'institution compétente qui tiendra dûment compte des motifs du transfert de résidence. Elle peut être donnée ultérieurement si l'intéressé a omis, pour des motifs valables, de la demander préalablement.

(3) Les dispositions de l'article 5 ne sont pas applicables à une personne tant qu'elle peut prétendre aux prestations sous la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel elle séjourne.

(4) Les dispositions du paragraphe 1 a) et b) et du paragraphe 2 ne sont pas applicables aux prestations de maternité.

Article 16

(1) Pour l'application des dispositions de l'article 5 les prestations en nature sont servies

en République fédérale d'Allemagne

par la Caisse générale locale de maladie (Allgemeine Ortskrankenkasse) compétente pour le lieu de séjour,

au Royaume du Maroc,

par la Caisse nationale de sécurité sociale.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften; für die Dauer der Leistungsgewährung, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie die sich hierauf beziehenden Rechtsvorschriften über das Leistungsstreitverfahren gelten jedoch die für den zuständigen Träger maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur gewährt, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden.

(4) Personen und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die in Artikel 5 genannten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den in Absatz 1 genannten Trägern versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

(5) Bei Anwendung des Artikels 5 werden die Geldleistungen von dem zuständigen Träger unmittelbar an den Berechtigten ausgezahlt.

(6) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die nach Absatz 1 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(7) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Artikel 17

(1) Auf eine Person, die gleichzeitig aus den Rentenversicherungen beider Vertragsstaaten Rente bezieht oder diese beantragt hat, werden unbeschadet der Absätze 2 und 3 die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des Vertragsstaats angewendet, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Person sich gewöhnlich aufhält.

(2) Verlegt ein in Absatz 1 genannter Rentenempfänger seinen gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so werden die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des ersten Vertragsstaats bis zum Ende des Monats nach dem Monat der Verlegung angewendet.

(3) Verlegt ein in Absatz 1 genannter Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt aus dem Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so werden die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des ersten Vertragsstaats bis zum Ende des Monats nach dem Monat der Verlegung angewendet.

(4) Bezieht eine Person nur aus der Rentenversicherung eines Vertragsstaats eine Rente oder hat sie nur eine Rente beantragt, so gilt Artikel 5 in Bezug auf die Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner entsprechend. Artikel 15 Absatz 3 gilt entsprechend.

Artikel 18

Die Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens betreffend die Sachleistungen der Krankenversicherung ist Gegenstand einer besonderen Übereinkunft, die die Unter-

(2) Les prestations en nature sont servies selon des dispositions de la législation appliquée par l'institution du lieu de séjour; à la durée du service des prestations, aux membres de la famille à prendre en considération et aux dispositions législatives y afférentes régissant la procédure des litiges en matière de prestations s'appliquent, toutefois, les dispositions de la législation appliquée par l'institution compétente.

(3) Les prothèses ou autres prestations en nature de grande importance financière ne sont octroyées – exception faite des cas d'urgence absolue – que lorsque l'institution compétente donne son accord. Sont considérés comme étant d'urgence absolue les cas où l'octroi de la prestation ne peut être différé sans que la vie ou la santé de l'intéressé ne soit sérieusement menacée.

(4) Les personnes et organismes qui ont conclu, avec les institutions visées au paragraphe 1, des conventions sur le service de prestations en nature aux personnes affiliées à ces institutions ou aux membres de leur famille sont tenus d'assurer des prestations en nature également aux personnes visées à l'article 5 dans les mêmes conditions que si ces personnes étaient affiliées aux institutions visées au paragraphe 1 ou étaient des ayants droit des personnes affiliées et que les conventions couvraient aussi ces personnes.

(5) En application des dispositions de l'article 5, les prestations en espèces seront versées par l'institution compétente directement aux bénéficiaires.

(6) L'institution compétente rembourse à l'institution du lieu de séjour les sommes dépensées en vertu des dispositions du paragraphe 1 à l'exception des frais administratifs.

(7) Sur proposition des institutions intéressées, les autorités compétentes peuvent convenir, pour tous les cas ou pour certaines catégories de cas, d'un remboursement forfaitaire des sommes dépensées en vue de simplifier la procédure administrative.

Article 17

(1) Sans préjudice des dispositions des paragraphes 2 et 3, les personnes qui bénéficient simultanément des pensions au titre des régimes d'assurance invalidité-vieillesse des deux Etats contractants ou qui en ont fait la demande seront soumises à la législation régissant l'assurance maladie des bénéficiaires de pensions de l'Etat contractant sur le territoire duquel ces personnes résident.

(2) Lorsque le bénéficiaire d'une pension visé au paragraphe 1 transfère sa résidence sur le territoire de l'autre Etat contractant, la législation régissant l'assurance maladie des bénéficiaires de pensions du premier Etat contractant sera applicable jusqu'à la fin du mois suivant celui du transfert de résidence.

(3) Lorsqu'un requérant visé au paragraphe 1 transfère sa résidence du territoire de l'un des Etats contractants sur le territoire de l'autre, la législation du premier Etat contractant régissant l'assurance maladie des bénéficiaires de pensions sera applicable jusqu'à la fin du mois suivant celui du transfert de résidence.

(4) Lorsqu'une personne bénéficie d'une pension au titre du régime d'assurance invalidité-vieillesse d'un seul Etat contractant ou qu'elle n'a demandé qu'une seule pension, les dispositions de l'article 5 s'appliquent par analogie en ce qui concerne l'assujettissement à l'assurance en vertu de la législation régissant l'assurance maladie des bénéficiaires de pensions. Les dispositions du paragraphe 3 de l'article 15 sont applicables par analogie.

Article 18

L'application des dispositions de la présente Convention relatives aux prestations en nature de l'assurance maladie fera l'objet d'un Accord particulier qui tiendra compte des dif-

schiede in den Gegebenheiten in bezug auf diese Leistungen in den beiden Vertragsstaaten berücksichtigt.

Kapitel 2 Unfallversicherung

Artikel 19

(1) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen bei der Bemessung des Grades der Erwerbsminderung oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls (einer Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, gelten auch für unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Unfällen stehen solche gleich, die nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle anerkannt sind.

(2) Der zur Entschädigung des Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (die Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 20

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit werden vom Träger eines Vertragsstaats auch die Beschäftigungen berücksichtigt, die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen. Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats gewährt, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Von der Rente gewährt jeder Träger nur den Teil, der dem Verhältnis der Dauer der im Hoheitsgebiet des eigenen Vertragsstaats ausgeübten zur Dauer der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Beschäftigungen entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Gewährung von Leistungen an Hinterbliebene.

Artikel 21

(1) Artikel 5 gilt in bezug auf die Sachleistungen für eine Person, die während einer Heilbehandlung ihren Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung vorher zugestimmt hat.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann nur wegen des Gesundheitszustands der Person verweigert werden. Sie kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldlichen Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat.

Artikel 22

(1) Hat ein Träger des einen Vertragsstaats einer Person im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Sachleistungen zu gewähren, so sind sie unbeschadet des Absatzes 3

in der Bundesrepublik Deutschland
von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse,
im Königreich Marokko
von der Staatlichen Anstalt für Soziale Sicherheit
zu erbringen.

férences dans les situations existantes en la matière dans l'un et l'autre Etat contractant.

Chapitre 2 Assurance accident

Article 19

(1) La législation d'un Etat contractant selon laquelle l'évaluation du taux de réduction de la capacité de travail ou la détermination du droit aux prestations résultant d'un accident du travail (d'une maladie professionnelle) au sens de cette législation prend en considération d'autres accidents du travail (maladies professionnelles) s'applique également aux accidents du travail (maladies professionnelles) couverts par la législation de l'autre Etat contractant comme s'ils étaient couverts par la législation du premier Etat contractant. Sont assimilés aux accidents à prendre en considération ceux qui seront pris en considération selon d'autres prescriptions de droit public comme accidents ou d'autres cas donnant lieu à réparation.

(2) L'institution compétente pour la réparation du risque détermine sa prestation selon le taux d'incapacité due à l'accident du travail (à la maladie professionnelle) qu'elle est tenue de prendre en considération sous la législation qu'elle applique.

Article 20

(1) Pour l'ouverture du droit aux prestations au titre d'une maladie professionnelle, l'institution de l'un des Etats contractants tient compte également des activités exercées sur le territoire de l'autre Etat contractant et susceptibles en vertu de leur nature de provoquer ladite maladie. Si la victime peut prétendre aux prestations sous les législations des deux Etats contractants, les prestations en nature et les prestations en espèces, à l'exception de la rente, sont accordées exclusivement au titre de la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel le titulaire réside. La charge de la rente est répartie entre les institutions, chacune d'elles supportant la fraction qui correspond au prorata de la durée de l'activité exercée sur son territoire national par rapport à la durée des activités à prendre en considération selon les dispositions de la première phrase du présent paragraphe.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également à l'octroi de prestations aux survivants.

Article 21

(1) Les dispositions de l'article 5 ne sont applicables, en ce qui concerne les prestations en nature, aux personnes qui ont transféré, pendant un traitement curatif, leur séjour sur le territoire de l'autre Etat contractant que lorsque l'institution compétente a préalablement autorisé ce transfert.

(2) L'autorisation prévue au paragraphe 1 ne peut être refusée qu'à cause de l'état de santé de l'intéressé. Elle peut être donnée ultérieurement si l'intéressé a omis, pour des motifs valables, de la demander préalablement.

Article 22

(1) Les prestations en nature à accorder par une institution de l'un des Etats contractants à une personne sur le territoire de l'autre Etat contractant sont servies, sans préjudice des dispositions du paragraphe 3,
en République fédérale d'Allemagne
par la Caisse générale locale de maladie (Allgemeine Ortskrankenkasse) compétente pour le lieu de séjour,
au Royaume du Maroc
par la Caisse nationale de sécurité sociale.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Der Träger des einen Vertragsstaats erbringt einer Person im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Berufshilfe, sofern die Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaats Leistungen bei Berufshilfe umfassen; die Berufshilfe wird vom zuständigen Träger des Aufenthaltsorts erbracht. Zuständiger deutscher Träger ist der Träger der Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach den deutschen Rechtsvorschriften zu entscheiden wäre. Zuständiger marokkanischer Träger ist die Staatliche Anstalt für Soziale Sicherheit.

(4) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur gewährt, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden.

(5) Personen und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die in Artikel 5 genannten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den in Absatz 1 genannten Trägern versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

(6) Geldleistungen mit Ausnahme von Rente, Abfindungen, Pflegegeld und Sterbegeld werden von dem zuständigen Träger unmittelbar an den Berechtigten ausgezahlt.

Artikel 23

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die nach Artikel 22 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Kapitel 3 Rentenversicherung

Artikel 24

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten anrechnungsfähige Versicherungszeiten vorhanden, so werden, soweit erforderlich, für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechnungsfähig sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Die Versicherungszeiten werden so berücksichtigt, wie sie sich aus den Rechtsvorschriften des letzteren Vertragsstaats ergeben.

Artikel 25

Für den deutschen Träger gilt folgendes:

- 1 Die nach Artikel 24 zu berücksichtigenden marokkanischen Versicherungszeiten werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger zuständig wäre, wenn ausschließlich die nach den deutschen Rechtsvorschriften anrechnungsfähigen Versicherungszeiten berücksichtigt

(2) Les prestations en nature sont servies conformément à la législation applicable à l'institution du lieu de séjour.

(3) L'institution d'un Etat contractant prend des mesures de réadaptation professionnelle en faveur d'une personne se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant dans la mesure où la législation de l'Etat du lieu de séjour comprend des prestations de réadaptation professionnelle; les mesures de réadaptation professionnelle sont prises par l'institution compétente du lieu de séjour. L'institution allemande est l'institution d'assurance accident qui serait compétente s'il fallait prendre une décision en ce qui concerne le droit aux prestations sous la législation allemande. L'institution compétente marocaine est la Caisse nationale de sécurité sociale.

(4) Les prothèses et autres prestations en nature de grande importance financière ne seront accordées, exception faite des cas d'urgence absolue, que lorsque l'institution compétente donne son accord. Sont considérés comme étant d'urgence absolue les cas où l'octroi de la prestation ne peut être différé sans que la vie ou la santé de l'intéressé ne soit sérieusement menacée.

(5) Les personnes et organismes qui ont conclu avec les institutions visées au paragraphe 1 des conventions sur le service de prestations en nature aux personnes affiliées à ces institutions ou aux membres de leur famille sont tenus d'assurer des prestations en nature également aux personnes visées à l'article 5 dans les mêmes conditions que si ces personnes étaient des ayants droit des personnes affiliées et que si les conventions couvraient aussi ces personnes.

(6) Les prestations en espèces, à l'exception des rentes, prestations en capital, allocations de soins et allocations décès seront versées par l'institution compétente directement au bénéficiaire.

Article 23

(1) L'institution compétente rembourse à l'institution du lieu de séjour les sommes dépensées en vertu des dispositions de l'article 22 à l'exception des frais administratifs.

(2) Sur proposition des institutions intéressées, les autorités compétentes peuvent convenir pour tous les cas ou pour certaines catégories de cas d'un remboursement forfaitaire des sommes dépensées en vue de simplifier la procédure administrative.

Chapitre 3 Assurance invalidité, vieillesse, décès

Article 24

Dans les cas de périodes d'assurance à prendre en compte sous les législations des deux Etats contractants, il est tenu compte également, dans la mesure nécessaire, pour l'acquisition, le maintien ou le recouvrement du droit aux prestations sous la législation applicable, des périodes d'assurance à prendre en compte sous la législation de l'autre Etat contractant pour autant qu'elles ne se superposent pas. Les périodes d'assurance sont prises en compte telles qu'elles résultent de la législation de ce dernier Etat contractant.

Article 25

Les dispositions suivantes sont applicables à l'institution allemande:

1. Les périodes d'assurance marocaines à prendre en considération conformément aux dispositions de l'article 24 sont affectées à la branche d'assurance dont l'institution serait compétente si seules les périodes d'assurance à prendre en compte sous la législation allemande étaient considé-

würden. Wäre danach die knappschaftliche Rentenversicherung zuständig, so werden nach den marokkanischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigende Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt sind; andernfalls werden die nach den marokkanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften in der Rentenversicherung der Arbeiter oder in der Rentenversicherung der Angestellten berücksichtigt.

2. Bemessungsgrundlagen werden aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Rentenberechnung zu berücksichtigen sind.
3. Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 24 erfüllt, so wird der auf die Zurechnungszeit entfallende Leistungsteil nur zur Hälfte gezahlt.
4. Der Kinderzuschuß oder der Betrag, um den sich die Waisenrente erhöht, wird nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften gezahlt, wenn der Anspruch auf Rente ohne Berücksichtigung des Artikels 24 besteht und Familienbeihilfe oder Waisenrente nach den marokkanischen Rechtsvorschriften nicht zu zahlen ist; andernfalls wird der Kinderzuschuß oder der Betrag, um den sich die Waisenrente erhöht, in Höhe der Hälfte des nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften in Betracht kommenden Betrags gezahlt.
5. Für den Wegfall der Knappschaftsausgleichsleistung stehen marokkanische knappschaftliche Betriebe deutschen knappschaftlichen Betrieben gleich.
6. Die Witwenrente wird gegebenenfalls zu gleichen Teilen und endgültig auf die Anspruchsberechtigten aufgeteilt, die gleichzeitig Ehefrauen waren. Die deutschen Rechtsvorschriften über die Aufteilung der Witwenrente auf Anspruchsberechtigte, die nacheinander Ehefrauen waren, bleiben unberührt.

Artikel 26

Für den marokkanischen Träger gilt folgendes:

1. Für die Eröffnung des Anspruchs auf Altersrente nach den marokkanischen Rechtsvorschriften werden nur Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegt werden.
2. Hat der Antragsteller nach den marokkanischen Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der ausschließlich nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten keinen Anspruch auf Altersrente, so werden diese Versicherungszeiten und die nach den deutschen Rechtsvorschriften anrechnungsfähigen Versicherungszeiten zusammengerechnet, sofern sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.
3. Hat der Antragsteller nach der unter Nummer 2 vorgesehenen Zusammenrechnung nach den marokkanischen Rechtsvorschriften Anspruch auf Altersrente, so stellt der zuständige marokkanische Träger die Rente fest, als wären die zusammengerechneten Versicherungszeiten nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt und für die Rentenberechnung zu berücksichtigen. Der zuständige Träger berechnet sodann aufgrund der so berechneten Rente den geschuldeten Betrag in dem Verhältnis, in dem die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zur Summe der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten stehen.

rées. Si dans ce cas le régime d'assurance invalidité-vieillesse des travailleurs des mines est compétent, les périodes d'assurance à prendre en compte sous la législation marocaine seront prises en compte par le régime d'assurance invalidité-vieillesse des travailleurs des mines à condition que ces périodes aient été accomplies dans des entreprises minières au fond; sinon les périodes de cotisation accomplies conformément à la législation marocaine seront prises en considération par l'assurance invalidité-vieillesse des ouvriers ou des employés en application exclusive de la législation allemande.

2. Les bases de calcul sont fixées en fonction des périodes d'assurance à prendre en considération pour le calcul des pensions sous la législation allemande.
3. Lorsque les conditions d'acquisition du droit à pension ne sont remplies qu'en application des dispositions de l'article 24, la fraction de pensions due au titre des périodes complémentaires (Zurechnungszeit) n'est versée qu'à moitié.
4. La majoration pour enfant à charge ou le montant dont est majorée la pension d'orphelin sont versés conformément à la législation nationale s'il y a droit à pension, sans application des dispositions de l'article 24 et si sous la législation marocaine une allocation familiale ou une pension d'orphelin n'est pas à verser; sinon la majoration pour enfant à charge ou le montant dont est majorée la pension d'orphelin est versé à moitié du montant dû en vertu de la législation nationale.
5. Quant à la suppression de la prestation compensatrice au titre de l'assurance invalidité-vieillesse des travailleurs des mines, les entreprises minières marocaines sont assimilées aux entreprises minières allemandes.
6. La pension de veuve est, le cas échéant, également et définitivement répartie entre les bénéficiaires ayant eu simultanément la qualité de conjointe. La législation allemande relative à la répartition de la pension de veuve entre les bénéficiaires ayant eu successivement la qualité de conjointe n'est pas affectée.

Article 26

Les dispositions suivantes sont applicables à l'institution marocaine:

1. Pour l'ouverture du droit à la pension de vieillesse au titre de la législation marocaine, il est tenu compte des seules périodes d'assurance accomplies sous cette législation.
2. Si, conformément à la législation marocaine, le demandeur n'a pas droit à une pension de vieillesse, compte tenu des seules périodes d'assurance accomplies sous cette législation, il est procédé à la totalisation de ces périodes et des périodes susceptibles d'être prises en considération conformément à la législation allemande pour autant qu'elles ne se superposent pas.
3. Si, à la suite de la totalisation prévue au point précédent, le demandeur a droit à une pension de vieillesse, conformément à la législation marocaine, l'institution compétente marocaine détermine la pension comme si les périodes d'assurance totalisées avaient été accomplies sous la législation qu'elle applique et étaient à prendre en compte pour le calcul de la pension. L'institution compétente calcule ensuite le montant dû sur la base de la pension ainsi déterminée au prorata de la durée des périodes d'assurance accomplies sous la législation qu'elle applique par rapport à la durée totale des périodes d'assurance accomplies sous la législation des deux Etats contractants.

4. Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten.
5. Die Witwenrente wird gegebenenfalls zu gleichen Teilen und endgültig auf die Anspruchsberechtigten aufgeteilt.

Titel III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe und Rechtshilfe

Artikel 27

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe mit Ausnahme der Barauslagen ist kostenlos.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 28

Werden personenbezogene Daten oder Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse aufgrund dieses Abkommens oder einer Vereinbarung zu seiner Durchführung von einem Vertragsstaat in den anderen weitergegeben, so gilt sowohl für die Weitergabe als auch für die Verwendung das jeweilige innerstaatliche Recht über den Schutz von personenbezogenen Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

Artikel 29

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtssvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Staates.

Artikel 30

(1) Sind Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer der in Artikel 27 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertrags-

4. Les dispositions des paragraphes 1 à 3 s'appliquent, par analogie, aux pensions d'invalidité et aux pensions de survivants.
5. La pension de veuve est, le cas échéant, également et définitivement répartie entre les bénéficiaires.

Titre III

Dispositions diverses

Chapitre 1

Entraide administrative et judiciaire

Article 27

(1) Pour l'application des législations visées au paragraphe 1 de l'article 2 et des dispositions de la présente Convention, les institutions, associations d'institutions, autorités et juridictions des Etats contractants se prêteront leurs bons offices comme s'il s'agissait de l'application de leur propre législation. L'entraide est gratuite à moins qu'il ne s'agisse de dépenses en espèces.

(2) La première phrase du paragraphe 1 s'applique également aux examens médicaux. Les frais des examens médicaux, les frais de voyage, les pertes de salaires, les frais de logement encourus lorsqu'une personne est gardée en observation et d'autres dépenses en espèces, à l'exception des frais postaux, seront remboursés par l'institution requérante. Les frais ne sont pas remboursés si l'examen médical est effectué dans l'intérêt des institutions compétentes des deux Etats contractants.

Article 28

Lorsque des données personnelles ou des secrets d'exploitation ou d'affaires sont communiqués par un Etat contractant à l'autre en vertu de la présente Convention ou d'un arrangement en vue de son application, le droit national respectif régissant la protection des données personnelles ainsi que des secrets d'exploitation ou d'affaires s'applique aussi bien à la communication qu'à l'utilisation.

Article 29

(1) Les décisions exécutoires des juridictions et les actes exécutoires des institutions ou autorités d'un Etat contractant concernant les cotisations ou d'autres créances au titre des assurances sociales seront reconnues dans l'autre Etat contractant.

(2) La reconnaissance ne peut être refusée que lorsqu'elle est contraire à l'ordre public de l'Etat contractant dans lequel la décision ou l'acte doit être reconnu.

(3) Les décisions et actes exécutoires reconnus en vertu des dispositions du paragraphe 1 seront exécutés dans l'autre Etat contractant. La procédure d'exécution est subordonnée à la législation applicable dans l'Etat contractant sur le territoire duquel l'exécution sera effectuée, à l'exécution de décisions et actes analogues arrêtés dans cet Etat. L'expédition de la décision ou de l'acte doit être accompagnée d'une déclaration d'exécution (clause exécutoire).

(4) Les créances d'institutions sur le territoire d'un Etat contractant concernant les arriérés de cotisations bénéficient, en cas d'exécution forcée, de faillite ou de liquidation judiciaire sur le territoire de l'autre Etat contractant, des mêmes privilèges que les créances analogues sur le territoire de cet Etat.

Article 30

(1) Les exemptions ou réductions de droits de timbre et de taxe y compris les taxes consulaires et frais administratifs pré-

staats vorzulegen sind, nach dessen Recht ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften einer entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

(2) Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften einer der in Artikel 27 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertragsstaats vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 31

(1) Die in Artikel 27 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Vorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

(2) Die in Artikel 27 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertragsstaats dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefaßt sind.

Artikel 32

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche in den Fällen aufgeschoben wird, in denen er nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats den Zeitpunkt bestimmen kann, der für die Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen maßgeblich sein soll.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 33

(1) Die Regierungen können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

in der Bundesrepublik Deutschland
für die Krankenversicherung
der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn,

vues par la législation d'un Etat contractant pour les pièces ou documents à produire aux organismes de cet Etat visés au paragraphe 1 de l'article 27 sont applicables également aux pièces et autres documents à produire, en application des législations visées au paragraphe 1 de l'article 2, à un organisme correspondant de l'autre Etat contractant.

(2) Les pièces et documents à produire, aux fins de l'application des législations visées au paragraphe 1 de l'article 2 à un des organismes d'un Etat contractant visés au paragraphe 1 de l'article 27 sont exemptés du visa de légalisation et d'autres formalités analogues pour être utilisés auprès d'organismes de l'autre Etat contractant.

Article 31

(1) Aux fins de l'application de la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2 et de la présente Convention, les organismes visés au paragraphe 1 de l'article 27 peuvent communiquer directement entre eux ainsi qu'avec les personnes intéressées et leurs mandataires dans leurs langues officielles. Cette disposition ne porte pas atteinte aux dispositions concernant l'emploi d'interprètes. Les jugements, décisions ou autres documents peuvent être communiqués directement à une personne qui se trouve sur le territoire de l'autre Etat par lettre recommandée avec accusé de réception.

(2) Les organismes d'un Etat contractant visés au paragraphe 1 de l'article 27 ne peuvent refuser de requêtes et des pièces pour la seule raison qu'elles sont rédigées dans la langue officielle de l'autre Etat contractant.

Article 32

(1) Lorsque la demande d'une prestation a été introduite sous la législation d'un Etat contractant auprès d'un organisme de l'autre Etat contractant admis pour la réception de la demande d'une prestation analogue sous la législation qui lui est applicable, la demande est réputée introduite auprès de l'institution compétente. Cette disposition est applicable par analogie à d'autres demandes ainsi qu'aux déclarations et recours.

(2) Les demandes, déclarations et recours sont à communiquer sans délai par l'organisme de l'Etat contractant où ils ont été introduits à l'organisme compétent de l'autre Etat contractant.

(3) Une demande de prestation sous la législation d'un Etat contractant est considérée comme demande d'une prestation analogue sous la législation de l'autre Etat contractant. Cette disposition ne s'applique pas lorsque le requérant demande expressément que la liquidation des droits acquis sous la législation de l'autre Etat contractant soit différée dans les cas où il peut choisir, sous la législation de cet Etat contractant, la date à prendre en considération pour déterminer si les conditions pour le bénéfice des prestations sont remplies.

Chapitre 2

Application et interprétation de la Convention

Article 33

(1) Les gouvernements peuvent convenir des mesures administratives nécessaires pour l'application de la présente Convention. Les autorités compétentes se tiendront informées mutuellement des modifications et des additions apportées à la législation visée à l'article 2 qui leur est applicable.

(2) Pour l'application de la présente Convention, les organismes de liaison suivants seront institués:

en République fédérale d'Allemagne
pour l'assurance maladie
la Fédération nationale des caisses locales de maladie (Bundesverband der Ortskrankenkassen) à Bonn,

für die Unfallversicherung
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften
e.V., Bonn,

für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Schwaben, Augsburg,

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saar-
brücken;

im Königreich Marokko
die Staatliche Anstalt für Soziale Sicherheit.

pour l'assurance accident
la Fédération des associations professionnelles de l'industrie
(Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften
e.V.) à Bonn,

pour l'assurance invalidité-vieillesse des ouvriers
l'Institution régionale d'assurance (Landesversicherungs-
anstalt Schwaben) à Augsburg,

pour l'assurance invalidité-vieillesse des employés
l'Institution fédérale d'assurance des employés (Bundesver-
sicherungsanstalt für Angestellte) à Berlin,

pour l'assurance invalidité-vieillesse des travailleurs des
mines
l'Institution fédérale d'assurance des mineurs (Bundes-
knappschaft) à Bochum,

pour l'assurance complémentaire des travailleurs de la sidé-
rurgie

l'Institution régionale d'assurance de la Sarre (Landesver-
sicherungsanstalt für das Saarland) à Saarbrücken;

au Royaume du Maroc
la Caisse nationale de sécurité sociale.

Artikel 34

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 35

(1) Geldleistungen, die der Träger eines Vertragsstaats an eine Person zu erbringen hat, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, werden in der Währung des ersten Staates geschuldet. Die Geldleistung eines deutschen Trägers wird mit befreiender Wirkung an die sich im Hoheitsgebiet des Königreichs Marokko aufhaltende Person erbracht, indem sie in deutscher Währung an eine marokkanische Bank transferiert wird, die den Gegenwert in marokkanischer Währung an den Berechtigten weiterleitet. Die Geldleistung eines marokkanischen Trägers wird mit befreiender Wirkung an die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhaltende Person erbracht, indem eine marokkanische Bank den Dirham-Betrag in Deutsche Mark umrechnet und eine deutsche Bank anweist, den DM-Gegenwert an den Berechtigten zu vergüten. Für die Umrechnung ist der amtliche marokkanische Tageskurs für Deutsche Mark maßgebend.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so werden sie in der Währung des letztgenannten Staates ausgedrückt. Hat jedoch ein Träger im Fall der Artikel 29 und 34 an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so gilt Absatz 1 entsprechend.

Article 34

(1) Si une personne bénéficiaire d'une prestation en vertu de la législation de l'un des Etats contractants pour un dommage survenu sur le territoire de l'autre Etat contractant détient un droit à réparation à l'égard d'un tiers en vertu des dispositions de cet Etat, l'institution du premier Etat contractant est subrogée dans les droits à réparation que le bénéficiaire détient à l'encontre du tiers en vertu de la législation qui lui est applicable.

(2) Lorsque l'institution d'un Etat contractant a un droit à réparation direct à l'encontre du tiers sous la législation de cet Etat, l'autre Etat contractant reconnaît ce droit.

(3) Si l'institution de l'un et de l'autre Etat contractant a des droits à réparation en ce qui concerne des prestations de même nature pour le même dommage, l'institution de l'un des Etats contractants fait valoir également, à la demande de l'institution de l'autre Etat, les droits de celle-ci. Le tiers pourra satisfaire aux droits des deux institutions en versant les sommes dues, avec effet libératoire, soit à l'une soit à l'autre institution. Les deux institutions répartiront entre elles les sommes perçues au prorata des prestations à verser par chacune d'elles.

Article 35

(1) Les prestations en espèces à verser par l'institution d'un Etat contractant à une personne se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, sont dues dans la monnaie du premier Etat. La prestation en espèces due par une institution allemande sera versée, avec effet libératoire, à la personne se trouvant sur le territoire du Royaume du Maroc, le montant en étant transféré en monnaie allemande à une banque marocaine qui transmettra la contre-valeur en monnaie marocaine au titulaire. La prestation en espèces due par une institution marocaine sera versée, avec effet libératoire, à la personne se trouvant sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, le montant en Dirham étant converti par une banque marocaine en Deutsche Mark et une banque allemande recevant ordre de porter la contre-valeur en Deutsche Mark au crédit du titulaire. Le taux de change valable est la cote officielle marocaine du jour pour le Deutsche Mark.

(2) Les sommes à verser par l'institution d'un Etat contractant à l'institution de l'autre Etat contractant seront exprimées dans la monnaie du dernier Etat. Toutefois, les dispositions du paragraphe 1 sont applicables par analogie aux sommes à verser par une institution dans les cas visés aux articles 29 et 34, à une institution de l'autre Etat contractant.

Artikel 36

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht gewährt, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von der Nachzahlung einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Trifft die Gewährung von Krankengeld nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats mit der Gewährung einer Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zusammen, so gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Hat der Träger eines Vertragsstaats einen Vorschuß im Hinblick auf den Anspruch auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gezahlt, so ist der gezahlte Betrag von der Leistung zugunsten dieses Trägers einzubehalten.

(4) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen gewährt worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats.

(5) Die Einbehaltung nach den Absätzen 1 bis 4 ist nur zulässig, soweit sie anderweitig nicht möglich ist.

(6) Die Einbehaltung nach den Absätzen 1 bis 4 erfolgt nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, die für den die Einbehaltung vornehmenden Träger gelten.

Artikel 37

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Angehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Angehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Angehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen

Article 36

(1) Lorsque des prestations en espèces ont été indûment accordées par l'institution d'un Etat contractant, des sommes indûment versées peuvent être retenues en faveur de cette institution sur les arrérages à verser pour une prestation analogue sous la législation de l'autre Etat contractant.

(2) En cas de cumul d'une indemnité de maladie versée selon la législation de l'un des Etats contractants et d'une pension d'invalidité-vieillesse versée en vertu de la législation de l'autre Etat contractant, les dispositions du paragraphe 1 sont appliquées.

(3) Lorsque l'institution d'un Etat contractant a versé une avance compte tenu du droit à une prestation en vertu de la législation de l'autre Etat contractant, la somme ainsi versée sera retenue sur cette prestation en faveur de cette institution.

(4) Lorsqu'une personne a droit, en vertu de la législation d'un Etat contractant, à une prestation en espèces pour une période pour laquelle un organisme d'assistance publique de l'autre Etat contractant a accordé à cette personne ou à ses ayants droit des prestations, cette prestation en espèces sera retenue à la demande et en faveur de l'organisme d'assistance subrogé comme si ce dernier était un organisme d'assistance ayant son siège sur le territoire du premier Etat.

(5) Les retenues prévues aux paragraphes 1 à 4 ne sont effectuées que lorsqu'il n'est pas possible d'opérer autrement.

(6) Les retenues prévues aux paragraphes 1 à 4 s'effectuent conformément aux dispositions de la législation de l'Etat contractant applicables à l'institution qui opère ces retenues.

Article 37

(1) Les différends entre les deux Etats contractants au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Convention devront, autant que possible, être réglés par les autorités compétentes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis, à la demande d'un Etat contractant, à un tribunal d'arbitrage.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Etat contractant nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les gouvernements des deux Etats contractants. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'un des Etats contractants aura fait savoir à l'autre qu'il désire soumettre le différend au tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas respectés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Etat contractant pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'un des Etats contractants ou qu'il serait empêché pour une autre raison, il appartiendra au vice-président de procéder aux nominations. Si le vice-président était, lui aussi, ressortissant de l'un des Etats contractants, ou qu'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'un des Etats contractants qu'il appartiendra de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage prend ses décisions sur la base des traités existant entre les Etats et du droit international général, à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Etat contractant prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son propre membre, ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais

getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

seront assumés, à parts égales, par les deux Etats contractants. Le tribunal d'arbitrage pourra fixer d'autres modalités de prise en charge des dépenses. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Titel IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 38

(1) Dieses Abkommen begründet, soweit es nichts anderes bestimmt, keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können unter dessen Berücksichtigung von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt unbeschadet des Artikels 32 Absatz 3 der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

(5) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 4 für die betreffende Person keine oder eine niedrigere Rente als die, die zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der Höhe des bisherigen Zahlungsbetrags weiterzugewähren.

Artikel 39

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 40

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Marokko innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 41

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts in einem anderen Staat bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Artikel 42

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

Titre IV

Dispositions transitoires et finales

Article 38

(1) A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, elle n'ouvre aucun droit au versement de prestations pour des périodes antérieures à la date de son entrée en vigueur.

(2) Pour l'application de la présente Convention, il sera tenu compte aussi des faits pertinents survenus aux termes des législations des Etats contractants avant son entrée en vigueur.

(3) Quant aux décisions antérieures, leur force de chose jugée ne s'oppose pas à l'application de la présente Convention.

(4) Les pensions (rentes) liquidées avant l'entrée en vigueur de la présente Convention peuvent être révisées d'office compte tenu des dispositions de la Convention. Dans ces cas, la date à laquelle l'institution ouvre la procédure est considérée, sans préjudice des dispositions du paragraphe 3 de l'article 32, comme date d'introduction de la demande conformément à la législation de l'autre Etat contractant.

(5) Lorsque, à la suite de la révision visée au paragraphe 4, l'intéressé n'aurait droit à aucune pension (rente) ou qu'à une pension (rente) inférieure à celle versée en dernier lieu avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, le montant de la pension (rente) à verser sera le même qu'auparavant.

Article 39

Le Protocole final annexé fait partie de la présente Convention.

Article 40

La présente Convention s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Royaume du Maroc dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 41

(1) La présente Convention sera conclue pour une durée indéterminée. Chaque Etat contractant pourra la dénoncer à l'expiration d'une année civile sous réserve d'un préavis de trois mois.

(2) Lorsque la Convention cesse d'être en vigueur à la suite de sa dénonciation, ses dispositions continuent d'être applicables aux droits à prestations acquis antérieurement; aucune disposition limitative relative à la forclusion d'un droit ou à la suspension ou suppression d'une prestation du fait de séjour dans un autre Etat ne portera atteinte à ces droits.

Article 42

(1) La présente Convention sera soumise à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Bonn aussi tôt que possible.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant le dernier jour du mois au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

En foi de quoi, les plénipotentiaires, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Geschehen zu Rabat am 25. März 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Fait à Rabat, le 25 mars 1981, en double exemplaire en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte arabe et du texte allemand, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Jesser
H. Buschfort

Für das Königreich Marokko
Pour le Royaume du Maroc
Baddou

**Schlußprotokoll
zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko
über Soziale Sicherheit**

**Protocole final
à la Convention de sécurité sociale
entre le Royaume du Maroc et la République fédérale d'Allemagne**

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

- a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Altershilfe für Landwirte gilt Titel II Kapitel 3 des Abkommens nicht.
- b) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung einer anderen Übereinkunft oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung des Abkommens die andere Übereinkunft oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Entgegenstehende Bestimmungen des Kooperationsabkommens vom 27. April 1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko werden nicht beeinträchtigt.
- c) Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens und Buchstabe b dieser Nummer finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Übereinkünften oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungsastregelungen enthalten.

2. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Absatz 1 gilt auch für die deutschen Vorschriften über die Beiträge, Umlagen und Leistungen nach den Regelungen über Arbeitslosenversicherung. Die Leistungen nach den Regelungen über Arbeitsförderung werden unter den in diesen Regelungen festgelegten Voraussetzungen gewährt.
- b) Versicherungsastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen bleiben unberührt.
- c) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und ihrer Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- d) Die nach Absatz 1 den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaats gleichgestellten Personen sind, solange sie sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets dieses Vertragsstaats aufhalten, zur freiwilligen Versicherung in der Rentenversicherung dieses Vertragsstaats nicht berechtigt.
- e) Buchstabe d berührt nicht deutsche übergangsrechtliche Vorschriften oder Rechtsvorschriften zugunsten

En signant la Convention relative à la sécurité sociale conclue ce jour entre le Royaume du Maroc et la République fédérale d'Allemagne, les plénipotentiaires des deux Etats contractants déclarent qu'ils sont convenus de ce qui suit:

1. ad article 2 de la Convention:

- a) Le chapitre 3 du titre II de la Convention n'est pas applicable au régime d'assurance complémentaire des travailleurs de la sidérurgie en vigueur en République fédérale d'Allemagne et au régime d'aide aux vieux agriculteurs.
- b) Si sous la législation de l'un des Etats contractants outre les conditions pour l'application des dispositions de la présente Convention sont également remplies les conditions pour l'application d'une autre convention ou d'une législation supranationale, l'institution de cet Etat contractant ne prend pas en considération pour l'application des dispositions de la présente Convention l'autre convention ou réglementation supranationale. Toutefois, il ne sera pas dérogé aux dispositions contraires contenues dans l'Accord de coopération entre la Communauté économique européenne et le Royaume du Maroc du 27 avril 1976.
- c) Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 2 de la Convention et celles de la lettre b) ci-dessus, ne sont pas applicables dans la mesure où la législation relative à la sécurité sociale, résultant pour la République fédérale d'Allemagne d'accords internationaux ou de la législation supranationale ou prévue pour l'application de ceux-ci contient des dispositions régissant la répartition des charges d'assurance.

2. ad article 4 de la Convention:

- a) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux dispositions allemandes relatives aux cotisations, aux taxes et aux prestations en vertu de la réglementation sur l'assurance chômage. Les prestations en vertu de la réglementation sur la promotion de l'emploi sont accordées dans les conditions prévues par cette réglementation.
- b) Les dispositions des traités intergouvernementaux régissant la répartition des charges d'assurance ne sont pas affectées.
- c) La législation d'un Etat contractant qui garantit la participation des assurés et des employeurs dans les organes d'administration autonome des institutions et des associations d'institutions ainsi que dans la juridiction en matière de sécurité sociale n'est pas affectée.
- d) Les personnes assimilées aux ressortissants de l'un des Etats contractants conformément aux dispositions du paragraphe 1 ne sont pas habilitées à s'affilier à titre volontaire à l'assurance invalidité-vieillesse de cet Etat contractant tant qu'elles résident en dehors de son territoire.
- e) La précédente disposition n'affecte pas les dispositions transitoires allemandes ou la législation alle-

von gleichgestellten Personen, für die Nummer 19 dieses Schlußprotokolls gilt.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus

Unfällen (Berufskrankheiten), in deren Zeitpunkt der Verletzte nicht nach Bundesrecht versichert war,

Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind, bleiben unberührt.

- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über die Gewährung von medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Maßnahmen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.

4. Zu den Artikeln 7 bis 11 des Abkommens:

Ist ein Arbeitnehmer nach den Artikeln 7, 10 oder 11 des Abkommens nicht den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet er beschäftigt ist, sondern den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats unterstellt, so finden auf ihn und seinen Arbeitgeber die Rechtsvorschriften des ersten Staates über die Beiträge, Umlagen und Leistungen nach den Bestimmungen über Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung keine Anwendung. Das gleiche gilt für Arbeitnehmer, die nach Artikel 8 Absatz 2 nicht den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats unterliegen, dessen Flagge das Seeschiff führt, auf dem sie beschäftigt sind.

5. Zu Artikel 10 des Abkommens:

Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

6. Zu Artikel 12 des Abkommens:

- a) Für die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften gilt Absatz 1 nicht für das Zusammentreffen einer Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung mit einer Rente nach den marokkanischen Rechtsvorschriften über die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

- b) Die Gleichstellung gilt nicht für die Beitragserstattung in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung.

7. Zu Artikel 13 des Abkommens:

- a) Artikel 13 gilt entsprechend für Leistungen, deren Gewährung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.

- b) Ist für die Versicherungspflicht nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung auf die Verheiratung mit einem Mitglied der deutschen Krankenversicherung abzustellen, so steht die Verheiratung mit einem Mitglied der marokkanischen Krankenversicherung gleich.

8. Zu Titel II Kapitel 1 des Abkommens:

- (1) Der Entbindungspauschbetrag nach den deutschen Rechtsvorschriften ist eine Sachleistung.

(2) Ärztlichen Untersuchungen, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Gewährung der in Absatz 1 bezeichneten Leistungen erforderlich sind, stehen entsprechende Untersuchungen nach den marokkanischen Rechtsvorschriften im Sinne der Nummer 9 dieses Schlußprotokolls gleich.

mande en faveur de personnes assimilées auxquelles est applicable le numéro 19 du présent Protocole final.

3. ad article 5 de la Convention:

- a) La législation allemande concernant les prestations au titre

d'accidents survenus (maladies professionnelles contractées) à un moment où la victime n'était pas assurée sous la législation fédérale,

de périodes d'assurance qui n'ont pas été accomplies sous la législation fédérale n'est pas affectée.

- b) La législation allemande concernant les mesures médicales, professionnelles et complémentaires en matière de réadaptation adoptées par les organismes de l'assurance invalidité-vieillesse n'est pas affectée.

4. ad articles 7 à 11 de la Convention:

Lorsqu'en vertu des dispositions des articles 7, 10 ou 11 de la Convention, un travailleur salarié n'est pas soumis à la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel il est occupé, mais à la législation de l'autre Etat contractant, la législation du premier Etat relative aux cotisations, aux taxes et aux prestations en vertu des dispositions sur la promotion de l'emploi et l'assurance-chômage n'est pas applicable à lui et son employeur. Il en est de même pour le travailleur salarié qui, en vertu des dispositions du paragraphe 2 de l'article 8, n'est pas soumis à la législation de l'Etat contractant dont le navire, sur lequel il est occupé, bat pavillon.

5. ad article 10 de la Convention:

Pour les personnes occupées à la date d'entrée en vigueur de la Convention le point de départ du délai fixé au paragraphe 2 est cette date.

6. ad article 12 de la Convention:

- a) Pour l'application de la législation allemande, les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas au cumul d'une pension invalidité-vieillesse au titre de la législation allemande régissant l'assurance invalidité-vieillesse avec une rente au titre de la législation marocaine régissant l'assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles.

- b) L'assimilation ne s'applique pas au remboursement de cotisations en matière d'assurance invalidité-vieillesse légale.

7. ad article 13 de la Convention:

- a) Les dispositions de l'article 13 sont applicables par analogie aux prestations dont l'octroi conformément à la législation allemande est laissé à l'appréciation d'une institution.

- b) Lorsque l'assujettissement selon la législation allemande régissant l'assurance maladie résulte du mariage avec une personne assujettie à l'assurance maladie allemande, est assimilé à ce mariage celui avec une personne assujettie à l'assurance maladie marocaine.

8. ad titre II chapitre 1 de la Convention:

- (1) Le forfait d'accouchement accordé au titre de la législation allemande est une prestation en nature.

(2) Les examens médicaux requis par la législation allemande pour l'octroi des prestations visées au paragraphe précédent sont assimilés à des examens analogues prévus par la législation marocaine au sens du numéro 9 du présent Protocole final.

9. Zu Artikel 16 des Abkommens und zu Nummer 8 dieses Schlußprotokolls:

In bezug auf das Königreich Marokko bedeutet der Ausdruck „maßgebende Rechtsvorschriften“ (Absatz 2) die Regelungen, nach denen die betreffenden Personen zu Lasten der deutschen Träger und unter den in einer besonderen Vereinbarung (Artikel 18 des Abkommens) festgelegten Bedingungen Leistungen aus dem System der ärztlichen Versorgung erhalten, das für sie von der Staatlichen Anstalt für Soziale Sicherheit aufgrund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen errichtet wird.

10. Zu Artikel 17 des Abkommens:

- a) Sind nach Absatz 1 die marokkanischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so wird ein Beitragszuschuß zur Krankenversicherung der Rentner nicht gewährt.
- b) Sind nach Absatz 4 die deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner anzuwenden, so ist der Träger der Krankenversicherung zuständig, der zuständig wäre, wenn die betreffende Person sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhielte. Kann die Zuständigkeit einer Krankenkasse nicht begründet werden oder wäre die betreffende Person bei einer Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert, so ist die Allgemeine Ortskrankenkasse Bonn zuständig.
- c) Hält sich ein Bezieher einer Rente aus der deutschen Rentenversicherung gewöhnlich im Hoheitsgebiet des Königreichs Marokko auf, so werden Beiträge, die er aufgrund der Versicherungspflicht in der deutschen Krankenversicherung der Rentner zu zahlen hat, durch den zuständigen deutschen Träger der Rentenversicherung von der Rente zugunsten des zuständigen deutschen Trägers der Krankenversicherung einbehalten.
- d) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, wonach der Rentenantragsteller die Beiträge zu der aufgrund des Rentenanspruchs bestehenden Pflichtversicherung bis zum Beginn der Rente zunächst selbst zu zahlen hat, sind auf die in Absatz 4 genannten Personen nicht anzuwenden. Während der zwischen dem Rentenanspruch und der Erteilung des Rentenbescheids liegenden Zeit werden nur Sachleistungen gewährt. Sterbegeld und Mutterschaftsgeld werden gewährt, nachdem dem Rentenanspruch entsprochen worden ist. Wird der Antrag auf Rente abgelehnt, so sind die Kosten für die Sachleistungen vom zuständigen Träger nicht zu erstatten.

11. Zu Artikel 19 des Abkommens:

Wirkt sich nach den deutschen Rechtsvorschriften der Bezug einer Rente aus der Rentenversicherung auf die Höhe des Leistungsanspruchs aus der Unfallversicherung aus, so kommt dieselbe Wirkung dem Bezug einer gleichartigen Rente nach den marokkanischen Rechtsvorschriften zu.

12. Zu Titel II Kapitel 2 des Abkommens:

Artikel 25 Nummer 6 gilt entsprechend.

13. Zu Artikel 22 des Abkommens:

Anstelle des in Absatz 1 genannten deutschen Trägers kann der Träger der deutschen Unfallversicherung die Leistung erbringen, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach den deutschen Rechtsvorschriften zu entscheiden wäre.

9. ad article 16 de la Convention et ad numéro 8 du présent Protocole final:

En ce qui concerne le Royaume du Maroc les termes «législation appliquée» (paragraphe 2) désignent les règles selon lesquelles les personnes visées bénéficieront, à la charge des institutions allemandes et dans les conditions fixées par l'accord particulier (Article 18 de la Convention) du régime de soins de santé qui sera organisé à leur intention par la Caisse nationale de sécurité sociale sur la base des dispositions réglementaires en la matière.

10. ad article 17 de la Convention:

- a) S'il y a lieu d'appliquer, en vertu du paragraphe 1 de cet article, la législation marocaine, une contribution à la cotisation à l'assurance maladie des bénéficiaires de pensions n'est pas accordée.
- b) S'il y a lieu d'appliquer, en vertu du paragraphe 4 de cet article, la législation allemande en matière d'assurance maladie des bénéficiaires de pensions, l'institution d'assurance maladie compétente est celle qui le serait si la personne résidait sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne. La Caisse générale locale à Bonn sera compétente au cas où il n'a pas été possible d'établir la compétence de toute autre caisse d'assurance maladie ou la personne intéressée était assurée auprès d'une Caisse générale locale.
- c) Lorsque le bénéficiaire d'une pension invalidité-vieillesse au titre de l'assurance invalidité-vieillesse allemande réside sur le territoire du Royaume du Maroc, les cotisations à verser en raison de l'assujettissement au régime d'assurance maladie allemand pour ces bénéficiaires seront retenues sur la pension par l'institution compétente allemande de l'assurance invalidité-vieillesse en faveur de l'institution compétente allemande de l'assurance maladie.
- d) La législation d'un Etat contractant prévoyant que le postulant à pension doit d'abord payer lui-même jusqu'au moment de l'octroi de la pension les cotisations à l'assurance obligatoire à laquelle il est soumis en raison de l'introduction de la demande à pension ne s'applique pas aux personnes visées au paragraphe 4. Pendant la période entre l'introduction de la demande et le moment où est donné l'avis de pension sont seulement accordées des prestations en nature. L'allocation décès et l'allocation de maternité seront accordées lorsqu'il aura été donné suite à la demande à pension. Lorsque la demande est refusée, les frais encourus pour les prestations en nature ne sont pas à rembourser par l'institution compétente.

11. ad article 19 de la Convention:

Si en vertu de la législation allemande le bénéfice d'une pension au titre de l'assurance invalidité-vieillesse porte ses effets sur le montant du droit à prestation au titre de l'assurance accident, le même effet se produira en ce qui concerne le bénéfice d'une pension de même nature sous la législation marocaine.

12. ad titre II, chapitre 2 de la Convention:

Les dispositions du numéro 6 de l'article 25 sont applicables par analogie.

13. ad article 22 de la Convention:

L'institution d'assurance allemande accident, qui serait compétente s'il fallait prendre une décision en ce qui concerne le droit aux prestations sous la législation allemande, peut accorder la prestation à la place de l'institution allemande visée au paragraphe 1.

14. Zu Titel II des Abkommens:

Deutsche Staatsangehörige, die sich im Hoheitsgebiet des Königreichs Marokko aufhalten, können im Rahmen der marokkanischen Devisenbestimmungen Beiträge an einen deutschen Träger überweisen.

15. Zu Artikel 24 des Abkommens:

Artikel 24 gilt nicht für die Gewährung von Leistungen, die im Ermessen der deutschen Träger liegen, an die in Artikel 3 bezeichneten Personen.

16. Zu Artikel 25 des Abkommens:

a) Bei Anwendung des Artikels 25 Nummer 2 des Abkommens bleiben die nach den marokkanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten bei der Mindestzahl der für die Berechnung der Rente nach Mindesteinkommen erforderlichen Versicherungsjahre unberücksichtigt.

b) Für die Gewährung des Leistungszuschlags nach den deutschen Rechtsvorschriften über die knappschaftliche Rentenversicherung an die in Artikel 3 genannten Personen gilt Artikel 24 nicht.

17. Zu Artikel 25 des Abkommens:

Bergbauliche Betriebe im Sinne des Absatzes 1 sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.

18. Zu Artikel 29 des Abkommens:

Sonstige Forderungen im Sinne des Absatzes 1 sind auch die in Artikel 34 Absatz 1 bezeichneten Ersatzansprüche.

19. Bei der Anwendung des Abkommens werden deutsche Rechtsvorschriften nicht berührt, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten.

Geschehen zu Rabat am 25. März 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

14. ad titre II de la Convention:

Les ressortissants allemands séjournant sur le territoire du Royaume du Maroc peuvent dans le cadre du régime marocain des changes, transférer des cotisations à une institution allemande.

15. ad article 24 de la Convention:

Les dispositions de l'article 24 ne s'appliquent pas à l'octroi de prestations laissées à l'appréciation des institutions allemandes aux personnes visées à l'article 3.

16. ad article 25 de la Convention:

a) Lors de l'application des dispositions du numéro 2 de l'article 25 de la Convention, les périodes d'assurance accomplies sous la législation marocaine ne seront pas prises en considération dans le nombre minimum d'années d'assurance requises pour le calcul d'une pension sur la base d'un revenu minimum.

b) Pour l'octroi du supplément de prestation sous la législation allemande concernant l'assurance invalidité-vieillesse des travailleurs des mines aux personnes visées à l'article 3, les dispositions de l'article 24 ne sont pas applicables.

17. ad article 25 de la Convention:

Des entreprises minières au sens du paragraphe 1 de cet article sont des entreprises dans lesquelles des minéraux ou des matières analogues sont exploités à la façon de mineurs ou dans lesquelles les produits de carrières et de dragage sont exploités en majeure partie au fond.

18. ad article 29 de la Convention:

Sont considérées également comme autres créances au sens du paragraphe 1 de cet article les droits à réparation à l'égard du tiers visés au paragraphe 1 de l'article 34.

19. Lors de l'application de la Convention, la législation allemande n'est pas affectée dans la mesure où elle contient des dispositions plus favorables en faveur de personnes ayant subi des préjudices en raison de leur conviction politique ou de leur race, de leur religion ou de leur idéologie.

Fait à Rabat, le 25 mars 1981, en double exemplaire en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte arabe et du texte allemand, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Jesser
H. Buschfort

Für das Königreich Marokko
Pour le Royaume du Maroc
Le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères
et à la Coopération
Abderrahman Baddou

Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens vom 25. März 1981
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Marokko
über Soziale Sicherheit

Arrangement
relatif aux modalités d'application de la Convention du 25 mars 1981
entre le Royaume du Maroc
et la République fédérale d'Allemagne
sur la sécurité sociale

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs Marokko –

in Anwendung des Artikels 33 Absatz 1 des Abkommens vom 25. März 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über Soziale Sicherheit, im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

haben folgendes vereinbart:

Titel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In den folgenden Bestimmungen werden die Ausdrücke des Abkommens in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Den nach Artikel 33 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und den deutschen Sonderanstalten der Rentenversicherung obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über ihre Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

(1) Die nach Artikel 33 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die deutschen Sonderanstalten der Rentenversicherung vereinbaren unter Beteiligung der zuständigen Behörden jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich die Maßnahmen, die zur Durchführung des Abkommens notwendig sind. Artikel 33 Absatz 1 des Abkommens bleibt unberührt.

(2) Die nach Artikel 33 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die deutschen Sonderanstalten der Rentenversicherung vereinbaren, in welchen Sprachen die Vordrucke, die bei der Durchführung des Abkommens und dieser Vereinbarung verwendet werden, zu erstellen und in welcher Sprache sie auszufüllen sind.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 27 Absatz 1 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen auf deren Antrag die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, welche sich für die Beteiligten aus den in Artikel 2 Absatz 1 des

Le Gouvernement du Royaume du Maroc
et

le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

en application du paragraphe 1 de l'article 33 de la Convention du 25 mars 1981 entre le Royaume du Maroc et la République fédérale d'Allemagne relative à la sécurité sociale, désignée ci-après «Convention»,

sont convenus de ce qui suit:

Titre I

Dispositions générales

Article 1^{er}

Les termes définis dans la Convention seront utilisés dans les dispositions suivantes avec le même sens que celui qui leur est attribué dans la Convention.

Article 2

Les organismes de liaison institués en vertu du paragraphe 2 de l'article 33 de la Convention et les institutions spéciales allemandes de l'assurance invalidité-vieillesse sont chargés d'assurer, dans le cadre de leur compétence, l'information générale des personnes concernées de leurs droits et obligations découlant de la Convention.

Article 3

1 – Les organismes de liaison institués en vertu du paragraphe 2 de l'article 33 de la Convention et les institutions spéciales allemandes de l'assurance invalidité-vieillesse conviennent, dans le cadre de leur compétence et après consultation des autorités compétentes, des mesures nécessaires à l'application de la Convention. Le paragraphe 1 de l'article 33 de la Convention ne sera pas affecté.

2 – Les organismes de liaison institués en vertu du paragraphe 2 de l'article 33 de la Convention et les institutions spéciales allemandes de l'assurance invalidité-vieillesse conviennent des langues dans lesquelles les formulaires utilisés lors de l'application de la Convention et du présent Arrangement doivent être rédigés et remplis.

Article 4

1 – Les organismes visés au paragraphe 1 de l'article 27 de la Convention sont tenus de se communiquer entre eux, dans le cadre de leur compétence, et de communiquer aux personnes intéressées, sur leur demande, les faits et pièces justificatives nécessaires à la sauvegarde de leurs droits et obligations découlant de la législation visée au paragraphe 1 de

Abkommens genannten Rechtsvorschriften, dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

(2) Mitteilungspflichten, die nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung in Bezug auf bestimmte Tatbestände gegenüber dem Träger oder einer anderen Stelle bestehen, gelten auch in Bezug auf entsprechende Tatbestände, die im anderen Vertragsstaat gegeben sind oder sich aus der Anwendung des Rechts dieses Vertragsstaats ergeben. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Artikel 5

(1) Artikel 7 des Abkommens findet auch dann Anwendung, wenn der Arbeitnehmer schon vor Inkrafttreten des Abkommens entsandt wurde. In diesem Fall beginnt die in Artikel 7 des Abkommens bezeichnete Frist von 36 Kalendermonaten erst mit dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens zu laufen.

(2) In den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, der betreffenden Person auf Antrag eine Bescheinigung darüber, daß sie diesen Rechtsvorschriften untersteht.

(3) In der Bundesrepublik Deutschland stellt der Träger der Krankenversicherung die Bescheinigung nach Absatz 2 auch für die übrigen Versicherungszweige aus. Unterliegt eine Person nur der Unfallversicherung, so wird die Bescheinigung vom zuständigen Träger der Unfallversicherung ausgestellt.

(4) Im Königreich Marokko stellt die Staatliche Anstalt für Soziale Sicherheit (Caisse Nationale de Sécurité Sociale) die Bescheinigung aus.

Artikel 6

(1) Geldleistungen, die von einem Träger des einen Vertragsstaats einem Empfänger im anderen Vertragsstaat geschuldet werden, werden ohne Einschaltung einer Verbindungsstelle dieses Vertragsstaats im Postzahlverfahren oder auf dem Bankweg ausgezahlt.

(2) Artikel 35 Absatz 1 des Abkommens gilt für das Postzahlverfahren entsprechend.

Titel II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 7

(1) Für den Bezug von Geldleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, legt die betreffende Person innerhalb von sieben Arbeitstagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit dem Träger des Aufenthaltsorts eine ärztliche Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit vor. Der Träger des Aufenthaltsorts überprüft die Arbeitsunfähigkeit der Person so bald wie möglich und teilt das Ergebnis spätestens binnen zwei Wochen nach Vorlage der Bescheinigung dem zuständigen Träger mit.

(2) Geht die Arbeitsunfähigkeit über die voraussichtliche Dauer hinaus, so gilt Absatz 1 entsprechend.

l'article 2 de la Convention, de la Convention et du présent Arrangement.

2 – Lorsque, conformément à la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention, conformément à la Convention ou au présent Arrangement, une personne a l'obligation d'informer l'institution ou un autre organisme de certaines situations, cette obligation d'information est applicable également à des situations analogues se produisant sur le territoire de l'autre Etat contractant ou résultant de l'application des dispositions légales de celui-ci. Ceci vaut également lorsqu'une personne est tenue de présenter certaines pièces justificatives.

Article 5

1 – Les dispositions de l'article 7 de la Convention s'appliquent également à un travailleur qui se trouverait déjà en position de détachement à la date d'entrée en vigueur de la Convention. Dans ce cas, le délai de 36 mois civils visé à l'article 7 de la Convention commence à courir seulement à partir de la date d'entrée en vigueur de la Convention.

2 – Dans les cas visés aux articles 7 et 11 de la Convention, l'institution compétente de l'Etat contractant dont la législation est applicable, délivre à la personne intéressée, sur sa demande, une attestation confirmant que cette personne est soumise à cette législation.

3 – En République fédérale d'Allemagne, l'institution de l'assurance maladie délivre l'attestation visée au paragraphe 2 ci-dessus également pour les autres branches d'assurance. Lorsqu'une personne est seulement soumise à l'assurance accidents, l'attestation est délivrée par l'institution compétente de l'assurance accidents.

4 – Au Royaume du Maroc, cette attestation sera délivrée par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale.

Article 6

1 – Les prestations en espèces dues par l'institution d'un Etat contractant au titulaire se trouvant dans l'autre Etat contractant seront versées sans intervention de l'organisme de liaison de cet Etat contractant par voie de paiements postaux ou par voie bancaire.

2 – Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 35 de la Convention s'appliquent par analogie aux paiements postaux.

Titre II

Dispositions particulières

Chapitre 1

Assurance maladie

Article 7

1 – Toute personne désireuse de bénéficier de prestations en espèces en cas de séjour ou de résidence sur le territoire de l'Etat contractant où l'institution compétente n'a pas son siège, présentera à l'institution du lieu de séjour ou de résidence dans les sept jours ouvrables suivant la réalisation de l'incapacité de travail, un certificat médical relatif à cette incapacité de travail. L'institution du lieu de séjour ou de résidence vérifie l'incapacité de travail de ladite personne dans les meilleurs délais et communique le résultat à l'institution compétente au plus tard dans les deux semaines suivant la présentation du certificat.

2 – Si l'incapacité de travail se prolonge au-delà de la durée probable, les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent par analogie.

Kapitel 2 Unfallversicherung

Artikel 8

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.

(2) Die Anzeige wird bei dem zuständigen Träger erstattet. Er unterrichtet davon unverzüglich den Träger des Aufenthaltsorts. Die Anzeige kann auch bei diesem erstattet werden. Er übersendet die Anzeige unverzüglich dem zuständigen Träger.

(3) Artikel 7 gilt entsprechend.

Kapitel 3 Rentenversicherung

Artikel 9

(1) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für die Feststellung und Gewährung der Leistungen mit Ausnahme der medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation zuständig, wenn

- a) Versicherungszeiten nach den deutschen und marokkanischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind,
- b) der Berechtigte sich im Königreich Marokko gewöhnlich aufhält oder
- c) der Berechtigte sich als marokkanischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

(2) Die Zuständigkeit der deutschen Sonderanstalten bleibt unberührt.

Artikel 10

Bei Anwendung des Artikels 24 des Abkommens stehen eine Versicherungszeit von einem Kalendermonat nach den deutschen Rechtsvorschriften und 26 Versicherungstage nach den marokkanischen Rechtsvorschriften einander gleich.

Artikel 11

Die in Artikel 33 Absatz 2 des Abkommens und in Artikel 9 dieser Vereinbarung bezeichneten Träger tauschen Statistiken aus, die jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Zahlungen erstellt werden. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken.

Titel III Schlußbestimmungen

Artikel 12

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Marokko innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald beide Regierungen einander notifiziert haben, daß die nach innerstaatlichem

Chapitre 2 Assurance accidents

Article 8

1 – A la déclaration de l'accident du travail (maladie professionnelle) s'applique la législation de l'Etat contractant dont relève l'assurance.

2 – La déclaration sera faite auprès de l'institution compétente. Celle-ci en informera sans délai l'institution du lieu de séjour ou de résidence. La déclaration peut être adressée également à cette dernière. Celle-ci la transmettra sans délai à l'institution compétente.

3 – Les dispositions de l'article 7 s'appliquent par analogie.

Chapitre 3 Assurance invalidité-vieillesse

Article 9

1 – Dans la mesure où cela n'est pas encore réglé par la législation allemande, la liquidation et l'octroi des prestations, à l'exception des prestations médicales, professionnelles et complémentaires en matière de réadaptation, incombent, dans le cadre de l'assurance invalidité-vieillesse des ouvriers, à l'organisme de liaison institué à cet effet,

- a) si des périodes d'assurance selon les législations allemande et marocaine ont été accomplies ou sont à prendre en considération, ou
- b) si le bénéficiaire réside sur le territoire du Royaume du Maroc, ou
- c) si le bénéficiaire réside en tant que ressortissant marocain en dehors des Etats contractants.

2 – La compétence des institutions spéciales allemandes n'est pas affectée.

Article 10

Pour l'application de l'article 24 de la Convention, on considère qu'une période d'assurance d'un mois civil selon la législation allemande équivaut à 26 jours d'assurance selon la législation marocaine.

Article 11

Les institutions visées au paragraphe 2 de l'article 33 de la Convention et à l'article 9 du présent Arrangement échangeront des statistiques arrêtées au 31 décembre de chaque année et relatives aux paiements effectués vers l'autre Etat contractant. Les données doivent, dans la mesure du possible, porter sur le nombre et le montant global des pensions et paiements forfaitaires décomposés d'après les différentes catégories de pensions.

Titre III Dispositions finales

Article 12

Le présent Arrangement s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Royaume du Maroc dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Arrangement.

Article 13

Le présent Arrangement entrera en vigueur dès que les deux gouvernements auront notifié l'un à l'autre que les conditions

Recht für ihr Inkrafttreten erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Sie ist von dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden.

nécessaires à l'entrée en vigueur conformément aux dispositions légales nationales sont remplies. Il sera appliqué à partir du jour de l'entrée en vigueur de la Convention.

Geschehen zu Rabat am 19. April 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Fait à Rabat, le 19. 4. 1984, en double exemplaire en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergence dans l'interprétation du texte allemand et du texte arabe, le texte français prévaudra.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Jésser
Norbert Blüm

Für die Regierung des Königreichs Marokko
Pour le Gouvernement du Royaume du Maroc
Abdelouahed Radi

Denkschrift zum Abkommen

Das Abkommen regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung und Unfallversicherung sowie teilweise in der gesetzlichen Krankenversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens.

Artikel 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. Nach Artikel 2 Abs. 2 gehören zu diesen Rechtsvorschriften nicht die Vorschriften aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht, die für einen der Vertragsstaaten gelten. In Nummer 1 Buchstabe b des Schlußprotokolls ist klargestellt, daß bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben.

Artikel 2 umfaßt auch die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften.

Die in Nummer 1 Buchstabe a des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Altershilfe für Landwirte nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt. Absatz 2 sieht vor, daß bei Aufenthalt in dritten Staaten marokkanische Staatsangehörige Leistungen unter denselben Voraussetzungen erhalten wie deutsche Staatsangehörige und umgekehrt.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Auf Grund der Bestimmung des Buchstabens d haben – abgesehen von innerstaatlichen deutschen Sondervorschriften (Buchstabe e) – insbesondere marokkanische Staatsangehörige bei gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland kein Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, daß Leistungen auch erbracht werden können, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhält. Nummer 3 des Schlußprotokolls enthält eine ergänzende Regelung.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungs-

pflicht bei einer Kollision der deutschen und marokkanischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Nach Artikel 6 richtet sich die Versicherungspflicht grundsätzlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Die Artikel 7 bis 10 regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die auf Grund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt, und läßt eine abweichende Bestimmung zu. Zu den Artikeln 7, 8, 10 und 11 ist unter Nummer 4 des Schlußprotokolls eine ergänzende Regelung für die Anwendung der Rechtsvorschriften über Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung enthalten.

Nach Artikel 12, der durch Nummer 6 des Schlußprotokolls ergänzt wird, sind gewisse rechtserhebliche Tatbestände aus dem Bereich des anderen Staates denen im Bereich des eigenen Staates gleichgestellt. Mit der Regelung werden in bestimmtem Umfang Besserstellungen des Berechtigten vermieden, die sich aus dem Versicherungsablauf innerhalb der Systeme beider Staaten ergeben. Auf Grund der Nummer 6 Buchstabe b des Schlußprotokolls können sich im Falle des gewöhnlichen Aufenthalts außerhalb der Bundesrepublik Deutschland marokkanische Staatsangehörige mangels eines Rechts zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung (vgl. Nummer 2 Buchstabe d des Schlußprotokolls) ihre eigenen Beiträge auch dann nach den deutschen Rechtsvorschriften erstatten lassen, wenn sie in der marokkanischen Rentenversicherung versicherungspflichtig sind.

Die Artikel 13 bis 18 sowie die Nummern 7 bis 10 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung. Grundsätzlich sollen Sachleistungen an Personen, die nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates versichert sind, sowie an ihre Familienangehörigen auch dann erbracht werden, wenn sie sich im anderen Vertragsstaat aufhalten (Artikel 5, 15 und 16). Die Kosten werden von der Krankenversicherung im ersten Vertragsstaat erstattet.

Da in Marokko eine Krankenversicherung erst im Aufbau ist, können nach Artikel 18 diese Bestimmungen jedoch erst nach Abschluß einer zusätzlichen Übereinkunft zur Anwendung kommen, die die Unterschiede in den Leistungssystemen in beiden Vertragsstaaten berücksichtigt. Der Abschluß einer derartigen Vereinbarung kann erst erfolgen, wenn das Leistungssystem in Marokko (vgl. auch Nummer 9 des Schlußprotokolls) die Durchführung von Abkommensregelungen für den Bereich der Sachleistungen in der Krankenversicherung ermöglicht.

Die Artikel 19 bis 23 und die Nummern 11 bis 13 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 22, daß Personen, die wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistun-

gen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates haben, diese auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat erhalten. Die Sachleistungen werden nach den Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaates von den dortigen Versicherungsträgern erbracht; die Kosten werden von der Versicherung der betreffenden Personen im Herkunftsstaat erstattet (Artikel 23).

Die Artikel 24 bis 26 und die Nummern 15 bis 17 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 24 bestimmt, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und marokkanischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem der Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 25 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 26 nähere Regelungen für die Anwendung der marokkanischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 27 bis 37 enthalten die üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 38 bis 42 enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Die Bestimmung unter Nummer 19 des Schlußprotokolls soll sicherstellen, daß innerstaatliches deutsches Wiedergutmachungsrecht, soweit es günstigere Regelungen enthält, dem Abkommen vorgeht.

Denkschrift zur Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Anzeige- und Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten sowie zwischen den betroffenen Personen und den Versicherungsträgern, das Ausstellen und die Verwendung von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

Insbesondere werden nach Artikel 3 Abs. 1 die Verbindungsstellen und einzelne Träger der Rentenversicherung ermächtigt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen.

Artikel 4 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 5 regelt Näheres vor allem für in den anderen Vertragsstaat entsandte Arbeitnehmer. Absatz 1 enthält eine klarstellende Bestimmung für den Beginn der

Entsendefrist nach Artikel 7 des Abkommens in bestimmten Fällen.

Artikel 7 regelt für die Krankenversicherung die Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit bei Inanspruchnahme von Geldleistungen (Krankengeld) im anderen Vertragsstaat.

Artikel 8 enthält eine Regelung für die Anzeige von Arbeitsunfällen und die Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit im anderen Vertragsstaat.

Die Artikel 9 bis 11 enthalten Bestimmungen für die Rentenversicherung.

Insbesondere regelt Artikel 9 die Zuständigkeit für die Leistungsfeststellung durch die Verbindungsstellen für die Rentenversicherung der Arbeiter.

Artikel 10 enthält eine Bestimmung über die Umrechnung marokkanischer in deutsche Versicherungszeiten und umgekehrt für die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 24 des Abkommens.

Die Artikel 12 und 13 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.

